



KOMMENTAR

Es geht um uns!

In diesen Tagen feiern wir 25 Jahre Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern und auch ich möchte deshalb die Gelegenheit nicht versäumen, allen Kolleginnen und Kollegen für ihre hervorragende Arbeit zu danken. DANKE dafür, dass ihr trotz widriger Rahmenbedingungen Ordnung und Sicherheit gewährleistet. Bei allem Stolz auf das von uns Geleistete gestattet mir einen Blick auf das Jetzt und die nähere Zukunft.

Obwohl es in dieser Legislaturperiode gelungen ist, den Personalabbau zu stoppen, hat sich an der Belastung nichts geändert. Es bleibt bei der Formel „Mehr Arbeit mit weniger Personal“.

Die Auswirkungen vieler gesellschaftlicher Entwicklungen sind heute noch nicht umfänglich abzusehen. Alleine das Thema Flüchtlinge wird nicht nur für die Polizei, sondern für die ganze Gesellschaft zur größten Herausforderung seit Jahrzehnten. Weder das Ende des Flüchtlingsstroms, noch die Auswirkungen sind heute schon abzusehen. Sicher ist, es wird keine einfache Zeit für die Landespolizei. Es wird auch unsere Aufgabe sein, dafür Sorge zu tragen, dass das Thema nicht instrumentalisiert wird.

Mit der Evaluation der Landespolizei wird auch vieles, was uns lieb und teuer geworden ist, in den kommenden Jahren auf den Prüfstand gestellt.

Gut ist aber auch, dass damit Präsenz und Altersstruktur und alle anderen Belastungskriterien überprüft werden.

Dennoch werden uns Themen wie Gesundheitsvorsorge, Personalentwicklung oder Attraktivität des Polizeiberufs auf Trab halten.

All diese Themen sind nicht neu. Aber Wiederholung ist wichtig für die Landespolitik. Und ohne Unterstützung im politischen Raum werden wir nicht weiterkommen.

Der Wahlkampf für die Landtagswahl 2016 hat begonnen. Die Parteien erarbeiten JETZT ihre Wahlprogramme und bestimmen damit auch, wie unsere Polizei in den nächsten Jahren aussehen wird. Selbstverständlich wird sich die Gewerkschaft der Polizei aktiv an der Erarbeitung von Wahlprogrammen beteiligen – nicht als Blockierer, sondern als gestaltende Kraft. Wir werden dabei auch nicht die Augen vor den fi-



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

nanziellen Handlungszwängen der Landesregierung verschließen. Aber eins werden wir nicht machen: Wir werden es aber nicht zulassen, dass Polizei und Sicherheit den Bach runtergehen.

Um dieses gemeinsame Ziel zu erreichen, braucht die GdP eure Unterstützung. Sprecht mit den Politikern in unserem Land! Geht zur ihren Veranstaltungen und in ihre Bürgerbüros!

Es geht um uns!

Christian Schumacher

DER LANDESVORSTAND

Treffen mit Landtagsfraktionen

Am 2. September 2015 fand das turnusmäßige Treffen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern statt. Neben dem Vorsitzenden des DGB Nord, Uwe Polkaehn, und seines Stellvertreters Ingo Schlüter nahm auch der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, daran teil.

Mit der Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Müller, der 3. Vizepräsidentin des Landtages, MdL Silke Gajek, und dem Fraktionsvorsitzenden MdL Jürgen Suhr wurden dabei neben den aktuellen Themen des Landtages insbesondere auch die aktuelle Situation von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert.

Zeitgleich führte die Fraktion DIE LINKE in Schwerin die Konferenz „Persönliche und öffentliche Sicherheit

– Anmerkungen aus linker Sicht für ein sicheres Mecklenburg-Vorpommern“ durch. Für die GdP waren die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes, Rosemarie Hartmann-Woisin und Jörn Liebig, vor Ort.

Sie hatten dort die Möglichkeit, neben dem Fraktionsvorsitzenden Helmut Holter, der rechtspolitischen Sprecherin Barbara Borchert und dem Innenpolitischen Sprecher Peter Ritter auch mit anderen Landespolitikern und Angehörigen der Landespo-

lizei anregende und konstruktive Gespräche zu führen.

SPD-Regionalkonferenz

Der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher folgte am 4. September auch einer Einladung der SPD M-V und forderte u. a. erneut mehr Polizeibeamte für die Sicherheit unserer Bürger und Unternehmen. Gleichzeitig lehnte er die Bildung von „Bürgerwehren“ entschieden ab.



Grillnachmittag der Schweriner GdP-Senioren

Die Gewerkschaft der Polizei denkt an ihre Senioren auch im Sommer. Werner Velow organisierte einen Grillnachmittag im „Bondzio“ in Langen Brütz.

Bei schönem Ambiente und leckeren Grillgenüssen in der freien Natur konnten die Senioren trinken und essen. Wichtig war vor allem das Wiedersehen mit alten Bekannten und



Senioren beim Grillen im „Bondzio“

Freunden. Da werden Erinnerungen wach, Ereignisse berichtet und natürlich über alle Krankheiten geredet. Aber Senioren haben auch genug Humor, um über alles Schöne und Lustige zu lachen. So ein Treffen kann aufbauen, Kraft geben und neuen Elan auslösen.

Es ist schön, dass solche Nachmittage schon zur Tradition geworden sind.

Else Bös

40 Jahre GdP-Mitglied

Der Vorsitzende des Landeskontrollausschusses, unser lieber Kollege Hel-



mut Westphal, konnte am 1. September 2015 auf eine 40-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei zurückblicken. Aus diesem Anlass überreichten ihm der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Christian Schumacher, und der Vorsitzende der Kreisgruppe im LPBA/LPBK M-V, Jörn Liebig, die Ehrenurkunde sowie ein Präsent. Wir wünschen Helmut Westphal weiterhin viel Gesundheit, Erfolg im Beruf sowie Glück und Zufriedenheit.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe November 2015 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 4. 10. 2015. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de



Rechtsschutz der GdP – Bei uns steht nur das Mitglied im Mittelpunkt!!!



Die Gewährung von gewerkschaftlichem Rechtsschutz gehört zu den grundlegenden Leistungen unserer Gewerkschaft der Polizei (GdP). Bei der GdP entscheiden Polizeikollegen für Polizeikollegen – und das ist auch gut so!! Und vor allem entscheiden sie schnell, unverzüglich und unbürokratisch im Sinne und im Interesse ihrer Mitglieder.

Bei uns entscheiden nämlich Polizeikollegen, die Deine Arbeitsabläufe, Deinen Arbeitsalltag, die dienstlichen Vorschriften und die mit Deinem Beruf verbundenen Risiken genau kennen.

Im Unterschied zu Mitbewerbern verschanzen wir uns gerade nicht hinter allgemeinen Versicherungsbedingungen der Rechtsschutzversicherer, sondern wägen nach kollegialem Ermessen ab.

Während Rechtsschutzversicherungen die Rechtsschutzgewährung oft ausschließt, z. B. bei grober Fahrlässigkeit, steht dies einer Rechtsschutzgewährung bei der Gewerkschaft der Polizei nicht entgegen.

Eure GdP gewährt Rechtsschutz bei allen Rechtsstreitigkeiten, die aus einem Bezug zur dienstlichen Tätigkeit entstanden sind, insbesondere bei Straf-, OWiG-, Disziplinar- oder sonstigen dienstrechtlichen Verfahren.

Haben Rechtsstreitigkeiten keine Aussicht auf Erfolg, weil es bereits in der Sache höchstrichterliche Entscheidungen gibt (BGH, BAG oder BVerwG etc), kann solchen Anträgen nicht entsprochen werden. Das betraf einen Fall in den letzten drei Jahren. In solchen Fällen haben unsere Mitglieder jedoch noch die Möglichkeit, die Entscheidung vom Landeskontrollausschuss überprüfen zu lassen.

Angemerkt sei an dieser Stelle, dass sich unser Dienstherr gerade bei seiner Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamten bei Rechtsstreitigkeiten aus dem Dienstverhältnis immer mehr aus seiner Verantwortung stiehlt.

Rechtsschutzanträge auf dienstlichem Rechtsschutz werden regelmäßig abgelehnt. Deutliches Indiz dafür, was dem Dienstherrn seine Beamten beim dienstlichen Rechtsschutz Wert sind, zeigt sich in der Haushaltsplanung für den entsprechenden Haushaltstitel. Die Tatsache, dass für mehr als 5000 Polizeibeamte jährlich deutlich unter 10 000 € geplant sind, bedarf keiner zusätzlichen Kommentierung.



Deshalb gilt mehr denn je: „GdP – gut, dass es sie gibt!“

Unsere Mitglieder erhalten Rechtsschutz angemessen je nach Sachverhalt in ganz unterschiedlicher Form durch

- individuelle Rechtsberatung beim Rechtsanwalt oder
- durch Rechtsvertretung beim Rechtsanwalt deines Vertrauens oder
- durch Rechtsvertretung bei Rechtsanwälten, mit der unsere GdP bereits seit Jahren zusammen arbeitet.

Ergänzt werden die Rechtsschutzleistungen der GdP durch die Vertretung über den DGB Rechtsschutz in den Außenstellen Schwerin, Rostock, Stralsund und Neubrandenburg.

Gerade unsere Arbeitnehmer in der Landespolizei sind bei den DGB-Spezialisten sehr gut aufgehoben

Erste Ansprechpartner für Fragen zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz

unserer Gewerkschaft der Polizei sind die GdP-Kreisgruppen. Jederzeit steht Euch aber auch der **Kollege Jörn Liebig** zur Verfügung und mit Rat und Tat zur Seite, der die Rechtsschutzfälle landesweit koordiniert.

Gerne kann er Euch auch über die zahlreichen erfolgreichen Rechtsschutzverfahren anonym berichten, die die Gewerkschaft der Polizei erfolgreich bestritten hat.

Der Landesvorstand



25 Jahre GdP MV – 25 Jahre Landespolizei MV

25 Jahre Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern sind allemal ein Grund zum Feiern. Jede Kollegin, jeder Kollege kann auf das Erreichte stolz sein. Das, was wir in den Jahren erreicht haben, haben wir aber nicht den Parteien, Ministern oder gar Polizeistrukturen zu verdanken, sondern dem großen Engagement aller Kollegen, die trotz widrigster Bedingungen immer wieder ihr Bestes geben. Die Politik hat am Erreichten den geringsten Anteil. Im Gegenteil, der seit Jahren anhaltende Personalabbau erschwert uns nur noch zusätzlich die Arbeit. Ein Rückblick ohne den Anspruch auf Vollständigkeit.

1. September 1990: Auf dem 1. Landesdelegiertentag der GdP Mecklenburg-Vorpommern wurde Irene Harms aus Rostock Erste Landesvorsitzende.

Erste Landesgeschäftsstelle in Rostock, Blücherstraße 1–3.

Oktober/November: Verhandlungen mit dem Regierungsbeauftragten Dr. Georg Diederich zu den Themen:

- Polizeistrukturen,
- Einkommensfragen,
- Verbeamtung der Polizeibesetzten.

Erstes GdP-Grundseminar/Bildung von Patenschaften im Nordverbund.

„Vorläufige Regelung über die Organisation der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern und die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben“ sieht u. a. den Aufbau einer Kriminalpolizeidirektion vor.

5. Dezember 1990: Kontaktbüro in Schwerin, Schusterstraße 6 – Erste Anträge: – Frauengerechte Sozialeinrichtungen in den Dienststellen, – Neueinstellungen, – Nachwuchsgewinnung, – Gründung einer JUNGEN GRUPPE.

1991: Mecklenburg-Vorpommern ist das erste der fünf neuen Länder, das bereits im Juli 1991 die ersten Polizisten verbeamtet.

Innenminister Dr. Georg Diederich muss vor den demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen Rede und Antwort stehen.

Die GdP zieht von Rostock nach Schwerin in die Gadebuscher Straße.

Die Zahlung einer Polizeizulage wird durchgesetzt.

Wahlen zu ersten Kreisgruppen der GdP.

Landesweit werden Mitglieder der Gewerkschaften bis zur erstmaligen Wahl von Personalräten freigestellt.

Bremer Kollegen übergeben erste „West“-uniform.

Erste Polizeidemonstration in Schwerin – am 20. Juni 1991 setzen 6000 Polizisten aus Mecklenburg-Vorpommern ihre erstmalige Verbe-

amtung durch und fordern soziale Sicherheit.

1992: Einsatz Rostock-Lichtenhagen: Der Einsatz wird von der ersten Minute an von der GdP begleitet. Bereits am zweiten Einsatztag setzte die GdP minimalsten Körperschutz durch – das LPA ließ in Größenordnungen „Schutzausrüstungen“ in Sportläden kaufen. Da sich seitens der Politik und der Polizeiführung das Interesse an der Aufarbeitung der Rostocker Ereignisse in Grenzen hielt, forderte die GdP in einem offenen Brief an Innenminister Kupfer umgehend eine Verbesserung der Ausstattung und Ausrüstung der Polizei. Nach Rostock führte die GdP mit allen im Landtag vertretenen Fraktionen, Vertretern der Landesregierung und der Gewerkschaften eine Vielzahl von Veranstaltungen durch, um die Ereignisse aufzuarbeiten.

Was noch passierte: Die Zahlung der Anwärtersonderzulage wird erstmalig durchgesetzt und Beförderungen in der Probezeit erstritten. Im Tarifbereich werden beabsichtigte Kündigungen in Größenordnungen verhindert.

1993: Stand ganz im Zeichen der Aufarbeitung der Rostocker Ereignisse.

Was noch passierte: GdP verhindert Quotenregelung für Beurteilungen. Die GdP wirkt aktiv an der Erarbeitung eines POG mit, zugleich wird auf die zügige Lebenszeitverbeamtung gedrungen.

GdP bestimmt maßgeblich mit bei der Gestaltung einer neuen BeurteilungsRL.

Auch in MV wird der Einsatz von Wehrpflichtigen im Polizeidienst verhindert.

1994: Erster Bundeskongress der GdP im Osten (Dresden).

Was noch passierte: Großartiger Durchbruch! Die Anerkennung der VP-Zeiten bei Beförderungen wird durchgesetzt.

Die GdP gewinnt überlegen die ersten Wahlen nach dem PersVG M-V.

Abwehrkämpfe zur Verhinderung einer Nullrunde.

1995: Die Regierungskoalition aus CDU und SPD bricht mit ihren Wahlversprechen und beabsichtigt den Personalabbau in der Polizei fortzusetzen. Die GdP antwortet mit einem landesweiten NOTRUF. Innerhalb kurzer Zeit sind 10 000 Flugblätter vergriffen. In der Bevölkerung fand die Aktion große und zustimmende Resonanz. Innenminister Rudi Geil bezeichnete die GdP-Aktion als „kontraproduktiv“. Der beabsichtigte Personalabbau wird verhindert, dennoch werden „Dank“ Sigrid Keler bereits die Wurzeln des späteren Timmschen PEK gelegt.

Marina David wird Vorsitzende der Frauengruppe.

1996: GdP zieht in neue Landesgeschäftsstelle um.

Eine Vorstudie der Kienbaum Unternehmensberatungsgruppe zur Situation der Polizei in M-V verschwindet in Schubladen des Innenministeriums, aus Polizistenmangel wird Überschuss.

Erstes „Einspar-PEK“ zeichnet sich ab.

1. Frauenkonferenz der GdP M-V fordert klare Regelungen für Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten.

Als sicherheitspolitische Bankrotterklärung des Ministerpräsidenten bezeichnete die GdP dessen Absicht, in Mecklenburg-Vorpommern einen ehrenamtlichen Polizeidienst einzuführen. – Abwehrmaßnahmen wurden angekündigt und erfolgreich durchgeführt.

Bundesweite Demonstration der GdP in Erfurt. Über 6000 Polizisten unterstrichen in Erfurt ihren Unmut über die Sparpläne der Bundesregierung und die Ankündigung einer Nullrunde bei den Tarifverhandlungen. Trotz kurzfristiger Mobilisierung nahmen fast 200 Kolleginnen und Kollegen aus M-V teil.

1997: Arbeiter, Angestellte und Beamte protestieren vor dem Schweriner Schloss gegen eine verfehlte Haushaltspolitik der Landesregierung. Die GdP setzt eine Expertenanhörung zum PEK im Landtag durch und ist einzige Interessenvertretung. Nach weiteren



ber – Der Innenausschuss bestärkt zunächst die GdP in ihren Aktionen gegen das PEK: „Das PEK ist lediglich nach finanzpolitischen Restriktionen und eng an der demografischen Entwicklung orientiert gestrickt worden.“ Zeitgleich forciert die GdP M-V nach erneuten Polizistenmorden das Thema Gewalt gegen Polizisten.

2001: Der CASTOR rollt von Rheinsberg nach Lubmin. Das Innenministerium kommt den Forderungen der GdP in Vorbereitung des CASTOR-Transportes von Rheinsberg nach Lubmin nach. Doppelter Verpflegungssatz, Einsatzvergütung 1:1, mobile Toilettenanlagen sowie menschenwürdige Einsatzunterkünfte wurden zugesagt. Die Zusage des IM konnte während des Einsatzes dank ständiger Kontrollen letztendlich durchgesetzt werden. Dennoch war auch noch genug Raum für Pannen.

Job-Parade in Schwerin – JUNGE GRUPPE schäumt das Innenministerium ein – Zusagen des Ministers sind wie Schaumblasen.

Es werden Arbeitsgruppen zur Neuorganisation unter Beteiligung der GdP gebildet.

Der LFA Tarif und Innenstaatssekretär Bosch vereinbaren den Abschluss von betriebsbedingten Kündigungen bei neuer Polizeistruktur.

Mitgliederbefragung zur Berufszufriedenheit in der Polizei – vernichtendes Zeugnis für Landesregierung.

Auseinandersetzung zur Bildung des BBL beginnen – GdP erkämpft Aufschub für Polizei.

2002: Auseinandersetzungen zur Struktur und zur Belastungssituation der Landespolizei gehen weiter – Ringstorf: „Gewerkschaften waren wenig hilfreich und Polizisten sind immer unzufrieden.“ GdP und andere DGB-Gewerkschaften schätzen ein: Verhandlungen mit der Landesregierung sind fruchtlos.

Überzeugender Sieg der PR-Wahlen im ganzen Land. Im HPR der Polizei acht von elf Sitzen.

Während des Katastropheneinsatzes Elbe-Hochwasser im August wie auch während des Fußballländerspiels Deutschland–USA galt „Für Euch auf Achse“. Die GdP M-V leistete umfangreiche Betreuungsarbeit mit Kuchen, Getränken, Mückenschutz, ..., aber auch durch Präsenz am Einsatzort.

2003: Wir sind erstmals in Rostock Gastgeber eines Trinationalen Seminars für junge Polizisten aus Frankreich, Polen und Deutschland.

JUNGE GRUPPE verkauft anlässlich

der Job-Parade in Schwerin „Aktie Ausbildung“. Aktion zur Sicherung von Ausbildungsplätzen bei der Polizei wird im Laufe des Jahres fortgesetzt.

Im August beginnen umfangreiche Verhandlungen im Landtag und Vorbereitungen von Kampfmaßnahmen gegen das Sonderzahlungsgesetz und weitere Sonderopfer bei der Polizei. Das FIM streckt die Finger erneut nach der Heilfürsorge aus.

Am 9. September wird der Film „Ein sicherer Arbeitsplatz“ vor der Landespressekonferenz gezeigt. Die GdP wirbt für die Verbesserung der Situation bei der Polizei. Der bundesweit für erhebliche Beachtung sorgende Film rauscht an der Landesregierung weitgehend vorbei.

2004: Im jahrelangen Kampf gegen das PEK wird erstmals ein Teilerfolg erzielt. GdP gelingt die Aufnahme des Tarifbereichs und der Verwaltung in den Schutz des PEK, weiterhin wird die Altersteilzeit im PVD und die Erweiterung des Einstellungskorridors durchgesetzt.

30. April: In den späten Abendstunden gelingt den Gewerkschaften ein Tarifabschluss, der weit hinter den Vorstellungen der Arbeitgeberseite zurückblieb.

3. Juni: Erstmals unterzeichnet die GdP M-V einen Tarifvertrag.

2005: „Milchmädchenrechnung mit verhängnisvollen Auswirkungen“. Landesregierung schreibt PEK fort und beschließt erneut, 450 weitere Stellen bei der Polizei abzubauen.

GdP setzt erfolgreich Verbesserungen im neuen LDG M-V durch.

GdP entwickelt Konzeption zur Reform der A/F, insbesondere zur Verbesserung des Aufstiegs und der Beförderungssituation des mittleren Dienstes.

Jahrelanger Kampf um Schutzwesten endet mit Kompromiss – Innenministerium lässt Eigenbeschaffung zu und stellt 50%ige Beteiligung in Aussicht.

Der Kampf gegen die Schließung der Kfz-Werkstätten geht in eine neue Runde, die GdP kann lediglich einen Aufschub erkämpfen.

Nach mehr als zwei Jahren Kampf ist die pauschale Eigenbeteiligung zur Heilfürsorge von 1,4% vom Tisch.

Spektakuläres Urteil des BVerwG: Ostdeutsche Ruhestandsbeamte haben Anspruch auf höheres Ruhegehalt – die Landesregierung unter Führung vom FIM mauert.

Landesrechnungshof bestätigt Kritik der GdP: „Das Ergebnis der vom In-

nenministerium durchgeführten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Kauf/Leasing von Kraftfahrzeugen der Landespolizei – hält einer Nachprüfung nicht stand.“

2006: Der bis dato größte Polizeieinsatz in M-V: Besuch des US-Präsidenten George W. Bush wird zur Generalprobe für den G8-Einsatz 2007. 12 500 Polizisten waren im Einsatz – Logistische Meisterleistung – zwischen Bekanntwerden bis zur Durchführung des Treffens lagen nur drei Monate. Die GdP war mit mehreren Betreuungsteams im Dauereinsatz

Die GdP beantwortet die Verweigerungs politik der Landesregierung mit einem „0-Bock“-Frühlingsfest (Themen: mangelnde Beförderungen in der Landespolizei, bessere Polizeidienststellen, bessere Ausstattung sowie die Absicht der Landesregierung, uns für den G8-Gipfel – nach 2007 – bluten zu lassen) ... Dialog bei Bockbier vor dem Schweriner Schloss ...



Die GdP gewinnt die PR-Wahlen und erringt im HPR erneut acht von elf Sitzen.

4000 Polizisten sind in Rostock zur Verhinderung von Ausschreitungen eingesetzt – GdP-Betreuungsteams ebenfalls im Einsatz.

JUNGE GRUPPE und GLV setzen gemeinsam mit dem HPR den ersten Lehrgang nach § 13 LVOPol durch.

Die GdP zieht in die Graf-Schack-Allee 20 .

In den Koalitionsverhandlungen wird die Überprüfung des PEK sowie die Reform der A/F durchgesetzt.



JUBILÄUM – 25 JAHRE GdP MECKLENBURG-VORPOMMERN

2007: 6. bis 8. Juni 2007, sieben mobile Betreuungsteams aus M-V betreuen anlässlich des G8-Einsatzes 17 500 Polizisten aus ganz Deutschland.

Im Juni und im Oktober wird die GdP als einziger Vertreter der Landespolizei vor dem Innenausschuss zu angeblichen Übergriffen während G8 und zur Belastungssituation der Polizei angehört. Die Belastungssituation, insbesondere der Einsatzeinheiten, wird mehrfach thematisiert.

GdP fordert einheitliche Einführung neuer Dienstbekleidung – Innenminister stimmt im August zu.

In M-V wird zum 2. Mal das Trinationale Seminar zwischen Frankreich, Polen und Deutschland ausgerichtet.

Die JUNGE GRUPPE feiert letzte Blaulichtparty, DPoIG hat sich den Namen schützen lassen.

2008: „Probleme der Landespolizei sind durch Veränderung der Aufbauorganisation nicht zu lösen“ – GdP spricht sich gegen Strukturveränderungen aus.

Innenminister einigt sich mit GdP auf 150 zusätzliche Beförderungen im m. D. sowie die Zusage eines Einstellungskorridors. „Wenn man bedenkt, welchen Kampf die GdP in Mecklenburg-Vorpommern seit neun Jahren gegen die negativen Auswirkungen des PEK führt, dann kann man dieses Ergebnis gar nicht hoch genug bewerten.“

Entlastung der Einsatzeinheiten ist angesichts der Einsatzbelastung Dauerbrenner. Mehrfache Anhörungen im Innenausschuss folgen.

Wesentliche Änderungen des Bezügeanpassungsgesetzes werden in letzter Minute durchgesetzt.

Nach jahrelangem Kampf wird das neue Dienstgebäude der PI Demmin übergeben.

2009: Erstmals wird eine Vereinbarung zwischen GdP-Landessenioren und dem „Verein der Invaliden und Rentner der polnischen Polizei“ unterzeichnet.

Die GdP kritisiert die beabsichtigte Verlängerung der Lebensarbeitszeit als beschäftigungspolitischen Unsinn.

5. Ordentlicher Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei (GdP) M-V: Im Anschluss an eine Podiumsdiskussion auf dem Landesdelegiertentag forderte der Landesvorsitzende Michael Silkeit von der Politik Problemlösungen und nicht laufend neue Hiobsbotschaften für die Landespolizei. Silkeit: „Die Attraktivität des Polizeiberufs ist ein wesentlicher Standortfaktor für Mecklenburg-Vorpommern. Wer ständig an der Polizei herumspart, muss

sich nicht wundern, wenn nach den Lehrern auch die Polizisten in andere Länder abwandern. Schon heute spüren wir, dass es immer schwieriger wird, geeigneten Nachwuchs zu gewinnen.“

Die neuerlichen Absichten des Finanzministeriums, bei der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommerns 700 plus X Stellen abzubauen, bezeichnete der Landesvorsitzende Silkeit als utopisch und äußerst gefährlich. Silkeit: „Utopisch sind sie schon deshalb, weil das Finanzressort hier versucht, dem sprichwörtlich ‚nackten Mann‘ in die Tasche zu greifen. Schon heute kann die Landespolizei ihre Aufgaben nur noch durch Prioritätensetzung erfüllen, übersetzt: Es bleiben viele Aufgaben auf der Strecke. Gefährlich wird das Ansinnen, wenn das Finanzministerium mit der inneren Sicherheit experimentiert. Offensichtlich gehen tägliche Meldungen der Medien über die Zunahme der Gewalt in der Gesellschaft, insbesondere aber auch gegen Polizisten, an den Sparfüchsen im Finanzministerium spurlos vorbei.“

Anlässlich einer neuerlichen Verhandlungsrunde mit Innenminister Lorenz Caffier (CDU) forderte die GdP eine schnelle Entscheidung zur längst überfälligen Verbesserung der Unfallfürsorge in der Landespolizei. „Die Unfallfürsorge muss wieder höchste Form der Fürsorge des Dienstherrn werden. Es kann nicht sein, dass Kolleginnen und Kollegen, wenn sie in Ausübung ihres Dienstes verunfallen, in Vorauslage gehen müssen oder gar auf einem erheblichen Teil der Kosten sitzen bleiben.“

2010: Anlässlich einer öffentlichen Anhörung vor dem Innenausschuss forderte die GdP, die anstehende Polizeireform sozial verträglich zu gestalten. Nach wie vor wird seitens der GdP das Reformziel des Innenministeriums angezweifelt. Eine Reduzierung von Verwaltungsaufgaben zugunsten polizeilicher Präsenz ist bisher nicht erkennbar. „Am eigentlichen Problem der Landespolizei, dass für den ständig anwachsenden Aufgabenberg, immer weniger Menschen zu Verfügung stehen, wird auch die künftige Struktur nichts ändern.“

GdP-Rechtsschutz wieder erfolgreich – viele Kolleginnen und Kollegen können sich über einen warmen Regen in Form nicht unerheblicher Nachzahlungen vom Landesbesoldungsamt Neustrelitz freuen. Den Nachzahlungen gingen umfangreiche Verhandlungen mit dem Finanzministerium voraus. Dieses ließ sich in der

Vergangenheit weder von einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts noch von Urteilen des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts Greifswald beeindrucken.

Bei Straftaten, die mittels des Internet begangen werden oder mit diesem im Zusammenhang stehen, benötigt die Polizei dringend Waffengleichheit. Dazu gehören neben einer verfassungskonformen Vorratsdatenspeicherung auch die Optimierung der polizeilichen Infrastrukturen in den Ländern oder die Harmonisierung europäischen Rechts“, so der stellvertretende Landesvorsitzende Christian Schumacher.

In einem Schreiben an Innenminister Lorenz Caffier forderte die GdP ein höheres Bekleidungsgeld für die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Landespolizei. Grund: zum Teil erheblich gestiegene Produktkosten.

2011: Betreuung während des „VEK-Transports“ in das ZLN Lubmin 2011.



Innenminister folgt GdP-Forderung nach persönlicher Ausstattung mit Schutzwesten. Die Ausstattung soll nach den Vorstellungen des Innenministers schrittweise bis 2014 realisiert werden.

Fachtagung – Wohin rollt der Ball? – Fanverhalten im deutschen Fußball. Fazit: finanzielle Beteiligung der Vereine bei Polizeieinsätzen ist der falsche Weg. (Danke an Olaf Kühl [†]).

Koalitionsverhandlungen 2011: GdP fordert Stopp des Stellenabbaus in der Landespolizei.

5. Landesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE: GdP verspricht der Landesregierung stürmische Zeiten.



Personalratswahlen: Klarer Wahlsieg der GdP – Deutliche 2/3 der Stimmen der Mitarbeiter/-innen der Polizeipräsidien entfielen auf die Liste GdP.

2012: Am 1. März jährt sich erstmalig die letzte Polizeireform in Mecklenburg-Vorpommern. Nach Einschätzung der GdP haben sich die vor der Reform geäußerten grundsätzlichen Bedenken auch nach einem Jahr bestätigt – ständig wachsende Aufgaben und immer weniger Personal stehen zur Verfügung.

Umzug der Landesgeschäftsstelle zum Platz der Jugend.

Am 19. Dezember 2012 ging die Aktionswoche der JUNGEN GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unter dem Motto „Auch Mensch“ zu Ende. Die jungen Polizisten waren anlässlich dieser Aktion am Marienplatz in Schwerin vor Ort, um mit Passanten über das Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ ins Gespräch zu kommen.

2013: 25. Februar – Ab sofort ist die GdP Mecklenburg-Vorpommern auch im sozialen Netzwerk Facebook vertreten: www.facebook.com/gdp.mv.

GdP kritisiert Mieterhöhungen für Wohnheimplätze an der Verwaltungsfachhochschule und fordert vom Innenministerium sozialverträgliche Lösungen.

In einem Schreiben an Finanzministerin Heike Polzin forderte die GdP die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger der Landespolizei. Zur Erinnerung: Tarifergebnisse, wie in Tarifverhandlungen von Tarifbeschäftigten erstritten, werden nicht automatisch auf Beamte übertragen. Der Erarbeitung eines Besoldungsanpassungsgesetzes gehen in der Regel Verhandlungen der Gewerkschaften voraus.

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde haben sich die Arbeitgeber unseren Forderungen verweigert und kein Angebot unterbreitet! **WARN-STREIK!**

18. April: Die Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern hat einen neuen Landesvorsitzenden – Christian Schumacher, Polizeihauptkommissar aus Anklam. Für sein jahrzehntelanges Engagement für die GdP und die Polizistinnen und Polizisten unseres Landes ehrten die Delegierten Michael Silkeit mit Standing Ovations und zeichneten ihn mit der höchsten Auszeichnung der GdP M-V aus, indem sie ihn zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit wählten.

Erwin Sellering verweigert dem DGB Nord und der GdP Gespräche in der Besoldungsrunde.

Die GdP M-V begrüßt die vom Minister gemachte Ankündigung, künftig Einsatzfahrzeuge mit Winterreifen auszustatten – eine Forderung der GdP wurde erfüllt.

Protestaktionen vor der Staatskanzlei – Ministerpräsident Erwin Sellering legte gegenüber demonstrierenden Polizisten ein merkwürdiges Demokratieverständnis dabei an den Tag. Landesvater tut die berechtigten Proteste mit einer Handbewegung ab und unterstellte dem GdP-Vorsitzenden, dass er als – Neuer auf die Pauke hauen müsse.

Die GdP kritisiert ein Schreiben aus dem Schweriner Innenministerium. Danach wird beabsichtigt, die polizeiliche Präventionsarbeit für das Haushaltsjahr 2014 um fast 25% zu kürzen.

Anlässlich der Vorstellung der Evaluation der Polizeistrukturreform 2010 (PSR 2010) erklärte die GdP, „die Polizeistrukturreform 2010 konnte die tatsächlichen Probleme der Landespolizei wie erwartet nicht lösen.“

Nach den Gewalttätigkeiten beim Ostderby zwischen dem F.C. Hansa Rostock und dem Hallescher FC fordert die GdP auf, konsequenter gegen Krautwaller einzuschreiten. Die Kontrollen müssen verschärft und professionellere Sicherheitsdienste eingeschaltet werden – Stadionverbote gegen die gewaltbereiten Anhänger sind nun unumgänglich! GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher: „Diese Straftäter versauen uns den Fußball.“

2014: Die GdP fordert die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten in der Landespolizei. Der Landesrechnungshof M-V schätzte ein: „Die Polizeibeamten könnten anhand angesparter Mehrarbeitsstunden ihre Arbeitszeit flexibler gestalten und ihren persönlichen Bedürfnissen anpassen.“

Anlässlich einer Präsentation des Maßnahmenkonzepts – Wohnungseinbrüche – in der Polizeiinspektion Anklam durch Innenminister Caffier forderte die GdP eine zügige Übertragung auf das ganze Land. Jeder Wohnungseinbruch stellt einen erheblichen Eingriff in die Privatsphäre der Menschen dar. Deshalb ist jeder Einbruch ein Einbruch zu viel.“

Verhandlungen GdP und dem Leiter der Polizeiabteilung, Niehörster: „Der Mensch gehört endlich in den Fokus des Gesundheitsmanagements. Arbeitsfähigkeit, Belastbarkeit, Motivation und Zufriedenheit der Belegschaft sind Ziele

des Eingliederungsmanagements. Der Mensch ist die wichtigste Ressource bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit, denn moderne Technik allein sichert keinen nachhaltigen Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger.“

Die GdP ist erneut als klarer Sieger aus den Personalratswahlen hervorgegangen.

Die GdP fordert eine zügige Öffnung des Bekleidungskatalogs für alle Vollzugsbeamten. „Warum dürfen beispielsweise Mitarbeiter der Kriminalpolizei keine Taschenlampen oder auch Verwendungsanzüge käuflich erwerben?“

Die GdP begrüßt den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen zur Demonstrationenkultur im Schweriner Landtag, in dem sich diese klar für Gewaltfreiheit bei Demonstrationen in Mecklenburg-Vorpommern aussprachen.

Abwehrkampf um die Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für die Kollegen/-innen „gewonnen“.

Caffier kündigt Dunkelfeldstudie an – damit wird endlich eine langjährige Forderung der GdP erfüllt.

Es gibt keine Entwarnung: in M-V sind die Polizistinnen und Polizisten nach wie vor sehr häufig gewalttätigen Angriffen auf bedenklich hohem Niveau ausgesetzt.

Wohnungseinbrüche in M-V lohnen sich mehr und mehr – „Um Einbrecher zu höheren Strafen zu verurteilen, muss man sie erst einmal kriegen“, so die GdP mit Blick auf die bayerische Bundesratsinitiative zur Strafverschärfung bei Einbruchdiebstählen.

Keine Legalisierung von Cannabis – die GdP ist ganz klar gegen eine Freigabe von Cannabis.

2015: Tarif- und Besoldungsrunde: Stars und Sternchen des öffentlichen Dienstes in M-V: „Berlinale in Berlin – Roter Teppich in Schwerin“.

Die GdP begrüßt die Einigung der Spitzen von CDU und SPD im Koalitionsausschuss kein weiteres Personal bei der Landespolizei abzubauen. Seit Jahren warnt die GdP vor weiteren Streichungen in der Polizei. Seit geraumer Zeit hat die Polizei die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht.

Blitzmarathon ohne nachhaltige Wirkung – „Eine dauerhafte polizeiliche Präsenz schafft mehr Verkehrssicherheit als ein Blitzmarathon“, so die GdP.

G7 in Bayern: Betreuungsteams aus M-V mit unseren Kollegen unterwegs.

Auf die nächsten Fünfundzwanzig!
Die Landesredaktion

